

# 1. Leopard-Panzer für die Ukraine

— Selenskyj will vom Westen neue und schlagkräftigere Waffen, um das verlorene Terrain im Osten der Ukraine bis hin zur Krim zurückzuerobern. Pistorius bezeichnet den künftigen Einsatz der Leo-2 Panzer als „game changer“. Das deutet darauf hin, dass der Westen das neue Kriegsziel der Ukraine unterstützt und richtet sich offensiv gegen Putin, der die Teilrepubliken im Osten gerade zu einem Bestandteil von Russland erklärt hat und einen Angriff auf diese Republiken als einen auf sich selbst. Gleichzeitig betont der Westen, dass diese Eskalation weiterhin kein Kriegseintritt der NATO ist. In dem wochenlangen Streit um die deutschen Panzerlieferungen hat Scholz darauf bestanden, dass es an dieser Stelle keinen deutschen Alleingang geben darf und daher eine Abstimmung mit den USA unabdingbar ist. In der SZ vom 22.01.23 ist zu lesen, dass der Amerikaner Seth Moulton, ein Mitglied der Demokratischen Partei, die deutsche Forderung nach einem Junktim zwischen der Lieferung von Abrams- und Leopard-Panzern nachvollziehen kann, da Deutschland mit seiner größeren Nähe zu Russland („Frontstaat“) auf die nukleare Abschreckung durch die USA angewiesen sei.

Das sind mehrere Punkte, die zu trennen sind. Zunächst zu der Behauptung, der Westen hätte das von der Ukraine neu definierte Kriegsziel übernommen. Dazu ist zunächst zu klären, in welcher Kriegslage der Westen jetzt zu dem Entschluss kommt, nicht nur alte russische Technik, sondern auch moderne Panzer westlicher Bauart zu liefern. Danach sollte man sich mit dem konkreten Eskalationsschritt des Westens, wie er jetzt die Ausstattung seines Stellvertreters betreibt, beschäftigen, um drittens die Frage nach der innereuropäischen Konkurrenz zu beantworten und warum Deutschland auf die Rückendeckung durch Amerika so großen Wert legt.

Russland hat bisher den Krieg in der Ukraine als Kombination aus Annektion, Teilmobilmachung und flächendeckenden Angriffen auf die Infrastruktur geführt und dabei erhebliche Fortschritte bei der Zerstörung des Landes und der ukrainischen Armee zustande gebracht. Der schon einige Monate andauernde Abnutzungskrieg dezimiert nicht nur die Zahl der russischen, sondern auch der ukrainischen Soldaten und das für die Kriegsführung erforderliche Material auf beiden Seiten erheblich. Russland ist ein viel größeres Land als die Ukraine und verfügt dementsprechend über eine viel größere Armee und entsprechend mehr personelle Reserven. Die Ukraine ist durch den Abnutzungskrieg in ihren Ressourcen umfänglich beschädigt und kann immer weniger den Widerstand gegen Russland aufrechterhalten. Die vom Westen in Aussicht gestellte Lieferung von Leopard-Panzern ist darauf die Antwort. Die Ukraine soll weiterhin Russland standhalten können.

— In den Verlautbarungen der beteiligten Machthaber wird immer wieder von einem Stellungskrieg im Osten der Ukraine gesprochen und von einer Pattsituation. Daran soll die Lieferung der Kampfpanzer etwas ändern. Selenskyj will mit den Panzern den derzeitigen Status überwinden.

— Am Erfolg der Pläne Selenskyjs, der alle verlorenen Gebiete (einschließlich der Krim) zurückerobert will, haben die Strategen des Westens ihre Zweifel. Der aktuelle Zweck der NATO besteht im Standhalten des Stellvertreters gegen den Feind. Die Ukraine soll auf alle Fälle bis zum letzten Mann weiterkämpfen können. Dafür wird sie mit den notwendigen Waffen ausgestattet. Die Forderung der ukrainischen Generäle nach drei- bis vierhundert Panzern und die in Aussicht gestellte Lieferung von vierzehn Leos stehen in einem eklatanten Missverhältnis. Aber für das Standhalten reicht es vielleicht und im Moment heißt die Parole des Westens „Durchhalten“.

De facto bleibt es nicht bei ein paar Panzern. Es wurden zwei- bis dreihundert Gerätschaften versprochen, auch wenn die Bereitstellung und Instandsetzung noch einige Zeit dauern wird. Aber von Art und Anzahl der Waffen kann man weder ableiten, dass die Rückeroberung der Ostgebiete bis zur Krim ansteht, noch, dass es sich nur um einen Durchhalteappell an die

Ukraine handelt. Fest steht, die Allianz lässt sich nicht davon beeindrucken, dass Russland einen Angriff auf die annektierten Ostgebiete als einen Angriff auf sich begreift. Sie eskaliert, indem sie die Ukraine mit größerem und modernerem NATO-Gerät ausstattet. Dies bedeutet aber nicht, dass sie sich bedingungslos hinter die Kriegsziele der Ukraine stellt. Mit dieser  
55 neuen Waffengattung soll Vorsorge dafür getroffen werden, dass die Ukraine der befürchteten Großoffensive Russlands standhalten kann. Der Westen reflektiert noch immer, nicht selbst in das Kriegsgeschehen einbezogen werden zu wollen, dabei lässt er sich aber nicht davon abschrecken, die Ukraine entsprechend seinen Kalkulationen mit westlichen Gerätschaften aufzurüsten, nachdem deren sowjetisches Material aufgebraucht ist.

60 — *Die Wünsche Selenskyjs, mit den Waffenlieferungen die Ostgebiete samt Krim zurückzuerobern, sind nicht in eins zusetzen mit den Kalkulationen des Westens, die vorerst noch darin bestehen, dass die Ukraine gegen Russland durchhält.*

Der Westen will nicht nur einen Durchhalteappell aussprechen und die Ukrainer weiter ausstatten, damit sie den Krieg stellvertretend für die NATO weiterführen können. Diese weitere  
65 Ausstattung der Ukraine mit Kampfpanzern ist eine *Eskalation*, die sich der Westen angesichts der Fakten, die Russland geschaffen hat, herausnimmt. Dafür ist es notwendig, die Ukraine nicht nur mit stärkeren und leistungsfähigeren Waffen zu versehen, sondern auch das ukrainische Militär auszubilden, sie beim Transport und dem Aufbau von Reparaturwerkstätten etc. zu unterstützen. Eine derartige Intensivierung des bisherigen Engagements des  
70 Westens sei bei dieser neuen Eskalationsstufe erforderlich.

\*

Zur innereuropäischen Debatte und dem von Scholz geforderten Junktim:

— *Die Drohung Polens, der Ukraine Panzer aus deutscher Herstellung zur Verfügung zu stellen, ohne die dafür notwendige Genehmigung Deutschlands einzuholen, wurde als Angriff  
75 auf die Rolle Deutschlands als souveräne Führungsmacht in Europa genommen, als Affront, bei dem ein untergeordneter Verbündeter versucht, der Führungsmacht den Rang streitig zu machen. Deutschland konterte damit, dass es nichts gegen Panzerlieferungen habe, vielmehr selbst gemeinsam mit den Amerikanern eine Lieferung beabsichtige.*

Die Lizenzen für den Bau und den Vertrieb von Leopard-Panzern hat Deutschland exklusiv.  
80 Angesichts dessen besteht keine Gefahr, dass andere Länder Deutschland den Rang ablauen. Vielmehr hat Deutschland in dieser Waffengattung die Verfügungsgewalt und kann sowohl entscheiden, wer zu welchem Preis die Waffen erhält, als auch mit anderen Ländern absprechen, inwieweit sie an Lieferungen beteiligt werden. Polen wollte mit seinem diplomatischen Affront auf Deutschland Druck ausüben.

85 Die anstehende Eskalation in der Ukraine ist von der *deutschen* Entscheidung abhängig, die Waffengattung, auf die es jetzt ankommt, auch zu liefern. Mit diesem Eskalationsschritt exponiert sich Deutschland gegenüber Russland als federführende Nation. Das legt die Überlegung nahe, wie weit sich Deutschland diesen Affront gegen Russland leisten will und kann. Es ist nicht – wie bisher – eine NATO-Entscheidung. Deshalb bestand Scholz darauf, die  
90 Kampfpanzer nicht ohne das Bündnis und vor allem nicht ohne die Rückendeckung der USA zu liefern. Die USA sollen sich mit ihren militärischen Fähigkeiten und ihrem Atomschirm hinter Deutschland stellen und Russland davon abschrecken, speziell gegen Deutschland vorzugehen.

— *Für Scholz war es nicht ausreichend, dass Biden die Lieferung deutscher Leopard-Panzer gebilligt hat. Er bestand darauf, dass die USA ebenfalls schwere Waffen liefern. Daraufhin  
95 erfolgte die Zusage von Biden einige wenige Abrams zu schicken – allerdings ohne zeitliche Festlegung und mit dem Hinweis, dass sie zu keiner militärischen Entscheidung beitragen würden. Das Ganze hat also eher symbolischen Charakter – was bedeutet das? Geht es*

100 *Scholz darum, den Russen mitzuteilen, dass bei allen militärischen Schritten die Bündnisfrage aufgemacht ist, dass Deutschlands militärische Maßnahme unter dem amerikanischen Schutzschirm steht, dass sich also Amerika selbst als angegriffen definiert, wenn Russland diesen Fall als Kriegseintritt Deutschlands wertet?*

105 Diese Bestimmung ist richtig. Aber wie passt dazu die Behauptung, das hätte nur Symbolcharakter? Scholz kam es darauf an, für diesen speziellen Eskalationsschritt unter deutscher Führung in Europa gegen Russland die definitive Beglaubigung der USA zu haben, dass sie hinter Deutschlands Entscheidung stehen, sie mittragen und sich deshalb ebenfalls als angegriffen sehen, wenn Russland sich gegen den neuen europäischen Primus zur Wehr setzt.

— *Symbolisch, weil die USA vorerst nur wenige Panzer ohne kriegsentscheidende Wirkung liefern.*

110 Man sollte sich nicht auf eine Debatte über Menge und Schnelligkeit der Waffenlieferungen einlassen. Die Eskalation besteht darin, dass ab sofort alle beteiligten NATO-Staaten dafür zu sorgen haben, in absehbarer Zeit Panzer bereit zu stellen, Munition und Ersatzteile zu beschaffen und das Personal dafür auszubilden. Das ist der Beschluss und auf diese materielle Zusage kam es Scholz an. Dafür hat er von Biden die Zusage verlangt und erhalten, dass die USA in absehbarer Zeit Abrams schicken, die neben den Leopards in der Ukraine eingesetzt werden. Davon, dass die unverbrüchliche Kampfeinheit der NATO vor Ort hergestellt wird und die USA mit ihrem Abschreckungspotential und ihrem nuklearen Schutzschild diesen Schritt absichern, wird nichts zurückgenommen, wenn sie für ihre Panzer Zeit veranschlagen.

120 — *So wird die NATO-Kampfbrüderschaft praktiziert. Erklärungsbedürftig ist aber weiterhin, dass Biden das Datum der Lieferung unbestimmt lässt und die militärische Wirksamkeit seiner in Aussicht gestellten Waffen gering einschätzt und er selber von „Symbol“ spricht. Kam es Biden nicht auf die Botschaft an, dass bei aller Kampfbrüderschaft in erster Linie die deutschen Leopard-Panzer gefragt sind?*

125 Bidens Botschaft geht in verschiedene Richtungen. Auf der einen Seite erklärt er in Richtung Scholz und NATO, dass sich die Amerikaner hinter diese Aktion stellen und dass zwischen sie kein Blatt passt. Dafür macht er sogar die Zusage, eigene Panzer zu schicken. Die andere Seite richtet er nach innen, an die Amerikaner und an die konkurrierenden Parteien, denen er mitteilt, dass die Hauptlast in der Ukraine die Europäer zu tragen haben und Amerika nicht alles schultert. So passen beide Überlegungen zusammen.

130 Ein weiterer Aspekt ist, dass die USA sich hinter Deutschland in der Rolle als militärische Führungsmacht in Europa stellen. Deswegen hat Polen klein beigegeben und sich von Deutschland zu den Waffenlieferungen „hinzuziehen“ lassen. Dieses Panzeraufgebot als europäisches Gemeinschaftswerk zu organisieren, diese Dienstleistung für den Krieg des Westens, qualifiziert Deutschland gegenüber den NATO-Partnern als Führungsmacht. In dieser Funktion wird es von den USA anerkannt.

140 — *Gleichzeitig gibt es kritische Stimmen in der Öffentlichkeit, die bezweifeln, dass dies wirklich eine Stärkung der deutschen Führungsmacht in Europa ist oder nicht eher das Gegenteil. Die Amerikaner um Unterstützung zu bitten, zeuge von geringer Führungsbereitschaft.*

145 In diese Diskussion will man sich nicht einmischen, kann sie aber erklären: Wie immer – und besonders in dieser Kriegslage – ist die Presse der Scharfmacher und beurteilt das, was die deutsche Politik macht, als zu gering. Das liegt auf einer anderen Ebene als die Frage, welche Stellung Deutschland zu diesem Krieg hat, was Deutschland beabsichtigt und unter welchen Bedingungen es welche Rolle übernimmt.

## 2. Die EU schlägt sich mit den Folgen ihres Wirtschaftskriegs gegen Russland herum (GS 4-22)

Amerikanische Regierung und Nationalbank betrachten die hohe Inflation in Amerika als betrübliche Begleiterscheinung eines mit viel Kredit vorangetriebenen Wachstums in den USA. Die Inflation und die mit der Erhöhung der Leitzinsen durch die Zentralbank einhergehende Rezessionsgefahr bekämpft die Regierung mit einem „Inflation Reduction Act“. Dieses Programm soll – wiederum mit sehr viel Staatskredit – dafür sorgen, dass die amerikanische Überlegenheit in Sachen weltweite Konkurrenzfähigkeit gesichert bleibt. Das hat Auswirkungen auf den Rest der Staatenwelt: Die hohen amerikanischen Zinsen in Kombination mit einer gewaltigen Konkurrenzoffensive stellen ein neues Datum für deren Nationalökonomien dar.

Wie reagiert die EU mit ihrer EZB auf diese Vorgaben, worin liegen Gemeinsamkeiten und worin Differenzen?

— Ähnlich ist, dass auch die EU mit hohen Preissteigerungen konfrontiert ist, die ein Resultat ihrer Bekämpfung der ökonomischen Folgen der Pandemie mit Hilfe von ganz viel Staatsschulden sind. Dazu kommt in Europa, dass der Wirtschaftskrieg gegen Russland zu enormen Energiepreissteigerungen geführt hat, was zusätzlich einen enormen allgemeinen Preisanstieg zur Folge hatte. Die Zinserhöhung in den USA bewirkt darüber hinaus, dass der Dollar immer teurer wird und damit auch die Preise für Rohstoffe, die in Dollar zu bezahlen sind. Die Auswirkungen auf die beiden Währungen sind sehr unterschiedlich. Das Finanzkapital geht wegen der attraktiveren Zinsen in den Dollar, wodurch die Nachfrage nach Euros sinkt und entsprechend den Euro abwertet. Das führt zu Druck auf die Geldpolitik der EZB.

Ausgangspunkt ist die sog. Energiepreisinflation, eine speziell innereuropäische Folge des Wirtschaftskriegs, den die EU vom Zaun gebrochen hat, und die im hohen Maße die Inflation in Europa begründet. Diese ist von der EZB so lange nicht als Grund für inflationsbekämpfende Maßnahmen behandelt worden, wie der Außenwert des Euro einigermaßen stabil geblieben ist. Dann hat das amerikanische Antiinflationsprogramm den Wechselkurs des Euro negativ beeinträchtigt. Europa hat es im Unterschied zu den USA damit zu tun, dass Energieträger in Dollar fakturiert werden, so dass mit dem sinkenden Wechselkurs des Euro der Einkauf von Energie für die Europäer immer teurer wird. Das nötigt die EZB ihrerseits zum Zweck der Inflationsbekämpfung zu Zinssteigerungen. Was dem ersten Anschein nach so aussieht, als sei es eine Kopie des Vorgehens der amerikanischen Notenbank, ist seinem Gehalt nach der Rettung des Werts des Euros geschuldet.

Im Vergleich dazu ist der Ausgangspunkt in den USA ein anderer: Aufgrund der Inflation in den USA ist die Fed zu dem Urteil gekommen, dass in Hinblick auf ein solides amerikanisches Wachstum zu viel billiger Kredit unterwegs ist. Mit der Verteuerung des Kredits für die Geschäftswelt will sie solides von unsolidem Wachstum scheiden. Die EZB hingegen wollte mit der „Politik des leichten Geldes“ das Wachstum in Europa, das in Folge der Coronakrise angegriffen war, aufrechterhalten und anschieben. Dazu kamen die Auswirkungen des Wirtschaftskriegs, die das heimische Wachstum stark beeinträchtigt haben. Deshalb will die EZB einerseits mit ihrer Politik des billigen Geldes das Wachstum befördern und andererseits sieht sie sich gezwungen, geldpolitisch aktiv zu werden, weil der Euro wegen der *Antiinflationspolitik der USA* außenwirtschaftlich an Wert verliert. Um den Euro für internationale finanzwirtschaftliche Geschäfte attraktiv zu halten, sieht sie sich daher zu Zinssteigerungen genötigt.

Dabei will es die EZB allerdings nicht belassen, sie äußert vielmehr selber Zweifel an der Wirksamkeit ihrer Zinspolitik und sieht sich daher veranlasst, in noch anderer Weise tätig zu werden.

— Die Zweifel der EZB, die im Artikel auf S. 45ff in den Punkten 1-3 dargelegt werden, kommen mir tautologisch vor. Da wird einerseits behauptet, die Inflation läge nicht an ihrer

*Geldpolitik, sondern an den zu hohen Energiepreisen; andererseits, die Rezession gäbe es, weil es eine Inflation gibt und die Nachfrage sinkt.*

200 Dazu wird unter Erstens (S. 45) dargelegt, dass sich aus der *Sicht der EZB* – gerade im Unterschied zur Fed – die gegenwärtige Inflation in Europa nicht als Resultat ihrer lockeren Geldpolitik ergibt. Sie verweist stattdessen auf einen „externen“ Preisschock, der mit den Mitteln ihrer Politik schwer zu bekämpfen ist. In dieser verqueren Weise kommt sie auf den Wirtschaftskrieg und die dadurch bewirkten steigenden Energiepreise zu sprechen. Gemäß dieser Einschätzung ist die Inflation also gar nicht durch Verknappung = Verteuerung des Kredits zu beheben. Angesichts der schwächelnden Wirtschaft in der EU ist es also nach dem Urteil der EZB weiterhin geboten, die Wirtschaft mit billigem Kredit zu versorgen.

205 Die EZB *erklärt* ihren Kampf um den Wechselkurs des Euro im Verhältnis zum Dollar zu einem Kampf gegen die Inflation. Dabei behauptet sie, die Inflation sei nicht ihrer Politik, sondern dem externen Preisschock geschuldet und der sei ihrer Politik nicht zugänglich. Die Wahrheit ist das nicht, wenn die EZB sich mit dem Verweis auf „externe Faktoren“ aus der Schusslinie nimmt. Schließlich hat Europa mit seinem Wirtschaftskrieg dafür gesorgt, dass die Energiekosten steigen und die EZB hat mit ihrer Politik des lockeren Geldes dafür gesorgt, dass die gestiegenen Energiekosten mit günstigen Krediten bezahlt werden können; sie ermöglicht somit die Fortsetzung der Geschäfte mit verteuerten Energiekosten.

215 — *Die EZB gibt – unter zweitens (S. 46) – zu bedenken, dass ihre Kreditverteuerung eine Lage in der EU verschärft, die ohnehin schon durch Rezessionsgefahren gekennzeichnet ist.*

Die ambivalente Stellung der EZB zu ihrem Beschluss, die Zinsen zu erhöhen, lautet also: Wegen der Krisenkonkurrenz mit den USA sind höhere Zinsen dringend erforderlich, aber aufgrund der wirtschaftlichen Verfassung des Euroraums kann man sich diese eigentlich gar nicht leisten.

220 Die EZB hat die Sorge, dass durch die Erhöhung der Zinskosten das eh schon angegriffene Wachstum zusätzlich geschädigt werden könnte: Es herrscht Inflation, gleichzeitig führt ihre Geldpolitik dazu, dass die Zinsen fürs Kapital steigen, und durch die Verteuerung des Dollars wird die Zahlungsfähigkeit in der Gesellschaft verringert. Angesichts dieser Lagebeschreibung zieht die EZB daraus folgenden Schluss: Es ist dafür zu sorgen, dass zumindest die Löhne nicht auch noch steigen.

230 — *Weil die EZB gegen diese Lage nichts machen kann, kommt sie zu dem Schluss, dass wenigstens in Sachen Lohnkosten für die Unternehmen Zurückhaltung geübt werden muss. Und die gleichen Unternehmen, die sich für Lohnkostensenkung aussprechen, verweisen auf das Problem des damit einhergehenden Kaufkraftverlustes, das die Realisierung ihrer Gewinne gefährdet.*

235 Der Standpunkt der EZB ist also, Zinserhöhungen sind notwendig wegen Inflationsbekämpfung und der Konkurrenz zu den USA, und Lohnsenkungen sind das Mittel der Wahl zur Unterstützung der Unternehmen. Zugleich kommt ein „aber“: Beides ändert nichts daran, dass die deutsche Wirtschaft es mit einer schwindenden Kaufkraft nach innen und auch nach außen zu tun hat, weshalb die EZB es nicht bei der Leitzinserhöhung belässt, sondern sich im dritten Schritt (S. 47) genötigt sieht, ein neues Instrument in die Welt zu setzen.

240 — *Auch an diesem neuen Instrument, dem TPI (Transmission Protection Instrument), kann man bemerken, dass es nicht dasselbe ist, wenn zwei das Gleiche tun. Die USA können es sich leisten, die Leitzinsen zu erhöhen und zugleich den Inflation-Reduction-Act zu erlassen, der eine enorme Verschuldung beinhaltet. Die EU kompensiert ihre Zinspolitik durch das „gezielte Aufkaufen von Staatsanleihen einzelner EU-Staaten“ (S. 47) und trifft dabei auf den alten Widerspruch der Gemeinschaftswährung: Im Euroraum stehen sich konkurrierende Nationen gegenüber, die mit einem vergemeinschafteten Geld gegeneinander antreten. Das*

245 führt zur Scheidung von Sieger- und Verlierernationen und das wird vom Finanzkapital entsprechend unterschiedlich eingepreist.

Im Unterschied zum Inflation-Reduction-Act der amerikanischen Regierung ist das TPI kein Wirtschaftsförderungsprogramm für die EU-Staaten. Die EZB reagiert auf die Wirkung ihrer Zinserhöhungspolitik, die den Kredit und damit auch die Verschuldung der Staaten verteuert und so zu einer Belastung des Wirtschaftswachstums in den Ländern der Eurozone führt. Sie kauft die Staatspapiere einzelner Mitgliedsstaaten auf, die in die Lage geraten, sich ihre Verschuldung wegen zu hoher Zinsen womöglich nicht mehr leisten zu können. Die EZB praktiziert damit den Widerspruch, dass sie einerseits mit dem Heraufsetzen der Zinsen den Umfang des Kredits beschränkt, also für weniger Liquidität sorgt und auch sorgen will, und andererseits Staaten, die mit ihrer Schuldenaufnahme Probleme kriegen, zusätzlichen Kredit gewährt.

Von der – wegen der Stabilisierung des Euros vollzogenen – Zinserhöhung der EZB sind die jeweiligen Eurostaaten sehr unterschiedlich betroffen. Je nach Konkurrenzenerfolg können deren Wirtschaften diese Zinsen mehr oder weniger gut verkraften. Die Verteidigung des Euros erzeugt also eine Sprengkraft für den Zusammenhalt des Euroraums. Deswegen begleitet die EZB ihre Zinspolitik mit dem TPI, das die schädlichen Wirkungen auf einzelne Länder in Grenzen und vor allem die Spekulation des Finanzkapitals gegen diese Länder im Zaum halten soll.

— Im Unterschied zu den Maßnahmen der USA trifft die Zinserhöhung durch die EZB in der EU auf konkurrierende Nationen, die mit dieser Kreditverteuerung je nach Wirtschaftskraft sehr unterschiedliche Probleme haben. Da steht die Stabilität des Euro insgesamt auf dem Spiel, weil einige Nationen diese Konkurrenz innerhalb des Euros nicht mehr aushalten, die bei ihnen die Rezession so richtig in Schwung bringt. Andere Mitgliedsstaaten können sich hingegen leisten, eine Art Wirtschaftsförderungsprogramm mittels Kredits aufzulegen.

Es ist der Widerspruch des Euros, dass er ein Gemeinschaftsgeld ist, mit dem alle darauf bezogenen Staaten wirtschaften. Die Stärke des Gemeinschaftsgeldes hängt an der wirtschaftlichen Leistungskraft der Eurozone insgesamt. Die besteht aber aus konkurrierenden Nationen, die in dieser Krisensituation in sehr unterschiedlicher Weise mit der Zinserhöhung der EZB zurechtkommen. Insofern gefährdet diese Maßnahme die Stabilität des Euro, um die sich die Zentralbank gerade kümmern will. Deswegen wird es von ihr durch das Aufkaufprogramm ergänzt. Dieses Aufkaufen von Staatsschuldtiteln schafft neuen Kredit, der aber nicht dafür da ist, das Wachstum im Euroraum voranzubringen wie im Fall der USA, sondern er soll die schädlichen Spekulationen des Finanzkapitals im Zaum halten.

Das schon bestehende Programm „Next-Generation-EU“ im Umfang von 750 Mrd. Euro war als ein Konkurrenzprogramm zu den USA geplant. Es soll die EU auf dem Weltmarkt insbesondere in Sachen erneuerbare Energien, neue Technologien usw. positionieren. Dieses Programm sollte jetzt nach Vorstellung der Deutschen umgewidmet und die dafür gedachten Kreditmittel zur Schadensbegrenzung den Staaten im oben genannten Sinne (TPI) zur Verfügung gestellt werden (S. 48). Mit dem Hinweis auf nicht in Anspruch genommene Gelder verwahrt sich Scholz gegen die Forderung anderer EU-Staaten nach einer gemeinsamen Kreditaufnahme speziell dafür – denn man habe ja schon ein Investitionsprogramm.

— Jetzt feiert Scholz das als Glück, denn über diese Kredite könnten die Staaten doch verfügen.

Wenn Scholz davon redet, dass von diesen 750 Mrd. noch nicht viel in Anspruch genommen worden ist, bezieht er sich auf die Art und Weise, wie dieses Geld verteilt wird: Die Mitgliedsstaaten entwickeln Programme, die der Herstellung von Investitions-, Erneuerungs-, Modernisierungs- und Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt dienen, diese sollten dann von der EU-Kommission genehmigt und mit von der EU als Schuldner geschöpftem Geld gefördert werden. Auf diese Gelder beruft sich Scholz, wenn er zynisch feststellt, dass doch bereits

295 Gelder vorhanden wären: Die bedürftigen EU-Staaten sollten also kein zusätzliches Geld bekommen, sondern das, was ihnen aus diesem Programm ohnehin zustünde – die große Konkurrenzoffensive auf dem Weltmarkt wäre das nicht mehr.

— *Die EZB sieht den Wert des Euro im Verhältnis zum Dollar angegriffen und sie ergänzt „ihre Politik der Zinserhöhung daher mit dem Appell an die EU-Staaten, die Schulden abzubauen und zu sparen“ (S. 49, o.). Dazu ist die Kreditausweitung Deutschlands über 200 Mrd. (plus 100 Mrd. Militär-Sondervermögen) ein Widerspruch.*

Das ist der Widerspruch der EZB: Sie sieht sich genötigt, im Euroraum die Zinsen anzuhöhen, um den Euro im Vergleich zum Dollar attraktiv zu halten. Das heißt sich aber mit dem anderen Gesichtspunkt der EZB-Geldpolitik, das Wachstum in der Eurozone zu befördern. Die EZB versucht, den Euro als solides Geld zu verteidigen und ist damit konfrontiert, dass die Solidität des Euros gleich wieder infrage gestellt wird durch die krisenbedingte Verschuldung der Mitgliedstaaten. Dieser Widerspruch führt dazu, dass die EZB einerseits mit sich darum ringt, welche angemessene Zinshöhe sie demnächst beschließen soll, und andererseits an die Staaten appelliert, ihrerseits etwas für die Solidität des Euros zu tun, indem sie sparsam sind und ihre Schulden nicht (unproduktiv) erhöhen, sondern abbauen. Dieser Appell an die Staaten zum Schuldenabbau ist die andere Seite davon, dass die EZB durch Kauf der Staatsschulden deren Verschuldungsfähigkeit rettet und für tragbare Zinsen sorgt. Das sollen die Staaten nicht schamlos ausnutzen, indem sie einfach weiter Schulden machen.

### **Deutschland leistet sich die Finanzierung seiner Kriegslasten**

315 Die Deutschen lassen diesen Appell der Sparsamkeit für sich nicht gelten und trumpfen auf: „200 Milliarden-Kreditaufnahme – wir können uns das leisten“.

— *Die Ankündigung des Doppelwumms durch Scholz ist eine Ansage an das internationale Finanzkapital und an die anderen Staaten. Deutschland kann sich diese 200 Milliarden neue Schulden leisten, seine Staatsschulden sind weiterhin nachgefragte Titel. Damit will Deutschland einen Abwehrschirm gegen die hohen Energiepreise errichten, Wirtschaft wie Bürger sollen mit den gestiegenen Preisen fertig werden. Die Kaufkraft soll als Mittel gegen die drohende Rezession erhalten bleiben.*

Deutschland tritt als die potente Wirtschaftsmacht innerhalb des Euroraums an und stellt in dieser Konkurrenzposition 200 Milliarden Euro als Kredit für das Vorankommen des deutschen Wirtschaftswachstums zur Verfügung. Diese Milliarden sollen angesichts der aktuellen Lage das Vertrauen in den deutschen Wirtschaftsstandort bekräftigen. Dass diese 200 Milliarden nicht europäisch gemeinschaftlich aufgenommen und verwendet werden, sondern Deutschland sich das – trotz Krise, Wirtschaftskrieg und Krieg – für sein Wirtschaftswachstum leistet, soll eine vertrauensstiftende Maßnahme in Richtung Finanzkapital sein: Deren Spekulation auf den deutschen Wirtschaftsstandort geht auf jeden Fall total in Ordnung. Das wurde von den anderen Euro-Staaten auch richtig verstanden: Deutschland bringt seine Konkurrenzposition in Anschlag; das ist ein Angriff auf die anderen EU-Staaten, deren Finanzkraft oder Kreditwürdigkeit so etwas nicht hinkriegt. Die haben sich auch über diesen Alleingang beschwert.

335 Damit setzt sich Deutschland aber wiederum gar nicht einfach nur in ein Verhältnis zu den Mitkonkurrenten in der EU:

— *Dafür steht der Hinweis aus der „Wirtschaftswoche“ (S. 50): „gerade Unternehmen mit ausländischen Müttern fahren in Deutschland runter und woanders wieder hoch“. Beispiele dazu sind Tesla und BMW. Die USA fördern mit ihrem Klimaprogramm explizit amerikanische Unternehmen und diese Förderung richtet sich gegen die europäische Konkurrenz. Deutschland bekommt ebenfalls mitgeteilt, dass Amerika in diesem Krieg nicht nur seinen Hauptfeind*

*Russland als konkurrierende Weltmacht niedermachen will, sondern zugleich seine ökonomische und damit auch seine politische Vormachtstellung in Bezug auf seine europäischen Verbündeten stärken will. Dagegen will Deutschland antreten.*

345 Dass Deutschland mit diesem 200-Milliarden-Programm die Konkurrenten innerhalb der EU in Nöte bringt, ist gar nicht die beabsichtigte Stoßrichtung. Das Programm ist eine Antwort auf die Konkurrenzoffensive der USA. Den EU-Staaten bleibt gar nichts anderes übrig, als das Primat der US-Ökonomie zu akzeptieren und sich an deren ökonomischen Erfolgen bestenfalls zu beteiligen.

350 Der europäische Wirtschaftskrieg gegen Russland bedeutet eine massive Schwächung des eigenen Standorts gegenüber den USA. Die gestiegenen Energiepreise und ihre Folgen schädigen ihre Kapitalproduktivität im Vergleich zu anderen. Das ist die Substanz dessen, was Deutschland als drohende Abwärtsspirale in den Blick nimmt.

— *Warum ist angesichts der hohen Neuverschuldung von Deutschland innerhalb Europas die Einhaltung der Maastricht-Kriterien kein Thema mehr? Die europäischen Partner beschweren sich, dass Deutschland rücksichtslos seine Konkurrenzmacht ausspielt, aber es gab keine Forderung, man müsse in Brüssel ein Verfahren wegen Verletzung der Maastricht-Kriterien anstreben.*

355

Die Maastricht-Kriterien sind seit der Corona-Pandemie offiziell gelockert worden und werden von den anderen Staaten ebenfalls nicht eingehalten. Insofern würde es ihnen schwerfallen, das den Deutschen vorzuwerfen. Was nichts davon wegnimmt, dass Lindner selbst derjenige ist, der sagt: Erstens können wir uns diese Schulden leisten und zweitens sind wir diejenigen, die dabei auch noch darauf achten, dass wir spätestens im nächsten Jahr wieder ganz solide wirtschaften und die Schuldenbremse einhalten. Er beharrt darauf, dass nicht nur Deutschland, sondern alle anderen auf einen Pfad zur Annäherung an die Maastricht-Kriterien verpflichtet werden und das von der EU zu kontrollieren ist. Es gibt einen Streit darum, wie sich die Staaten wieder den Stabilitätspakt-Vorschriften anzunähern haben (vgl. Lindner in der FAZ vom 13.2.23).

360

365

— *In diesem Streit haben insbesondere die südlichen Länder vorgeschlagen, die Neuverschuldung jeweils bilateral mit der Kommission auszuhandeln und dabei soll die jeweilige Wirtschaftskraft der EU-Staaten in Rechnung gestellt werden. Lindner hat sich strikt dagegen ausgesprochen. Die Kriterien sollen verbindlich und weiterhin für alle gelten. Die Kritik der anderen EU-Staaten, Deutschland würde sich mit seiner Neuverschuldung unsolidarisch verhalten, kontert Lindner mit dem Hinweis auf den „Goldstandard“ der deutschen Staatsanleihen. Ist das damit zu kontern, dass die Weltgeld-Qualität des Euro, mit dem Deutschland seine Konkurrenzfähigkeit bestreitet, das Werk des gesamten Euro-Raums ist, obwohl Lindner so tut, als ob das lediglich die Leistung Deutschlands sei?*

370

375

Der Witz ist nicht, dass er so tut, als ob es nur die Leistung Deutschlands wäre, sondern er nimmt für Deutschland in Anspruch, Teilhaber an diesem Weltgeld zu sein und sich deswegen in diesem Weltgeld verschulden zu können. Mit dem Hinweis, dass *deutsche* Staatsanleihen „Goldstandard“ haben, spricht er den anderen Euro-Staaten die Berechtigung ab, sich in gleicher Weise in diesem Geld zu verschulden, denn die hätten im Unterschied zu Deutschland nicht gut gewirtschaftet und könnten es sich daher nicht leisten. Dabei ist es doch das Geld dieser Gemeinschaft, nicht allein deutsches, und dessen Qualität beruht auf ihrer gemeinsamen Leistungsfähigkeit. Dass die Deutschen sich diese exklusive Nutzung des Euros leisten können, ist das Resultat ihrer Konkurrenzfolge *innerhalb* der europäischen Union, und die gründen auf der Schädigung der Partner im Euroraum.

380

385

\*

Jour fixe vom 13.02.2023